

Analyse VMWare Antwort der BuReg - 12.6.2024
Kleine Anfrage von Anke Domscheit-Berg, MdB, DIE LINKE
DS: 20/11457

Glossar:

SW = Software

RZ = Rechenzentrum

RV = Rahmenvertrag

OSS = Open-Source-Software

SF = Schriftliche Frage (parlamentarisch)

BuReg = Bundesregierung

ZenDiS = Zentrum für Digitale Souveränität

Analyse

1. Zahlen, Daten Fakten zur Betroffenheit des Bundes

- Beschaffung für Bund erfolgt über Zentralstelle IT-Beschaffung (ZIB)
- ZIB hielt seit 2020 4 Rahmenverträge für den Bund zu VMWare Produkten (Q3)
- Abrufvolumen von Nov. 2019 - Mai 2024: knapp 460 Mio (458,563 Mio) (Q3)
- 2 neu abgeschlossene RV: Nov 2023 - Nov 2025 mit je 300 Mio Gesamtvolumen (Q3)
- KEINE Daten wurden u.a. vorgelegt zum Einsatz von VMWare in den 184 RZ des Bundes, zu den Folgekosten u außerdem wurde jeweils die Einstufung als Verschlussache nach Bereitstellung angekündigt

2. Löchriges Risikomanagement für die Bundes-IT – eine Gefahr für die IT Sicherheit

- Quasi wörtlich: Es hat keine systematische Überprüfung und Bewertung der Abhängigkeiten und Risiken für den Bund durch die Folgen der Übernahme von VMware gegeben – wer aber keinen Überblick über Abhängigkeiten und Risiken hat, kann Risiken auch nicht systematisch minimieren! (Q7)
- BuReg sieht für laufende on-premise Verträge keine Risiken, schließt aber Beeinträchtigungen des Weiterbetriebs durch geänderten Funktionsumfang für Folgeverträge nicht aus. (Q:9)
- Seit Mai 2022 ist Übernahme von VMWare durch broadcom bekannt, noch länger die Geschäftspraktiken dieses „Heuschreckenunternehmen“, das extreme Gewinnmaximierung anstrebt und u.a. durch erhebliche Preissteigerung u Vertragskündigungen erreicht, so wie z.B. bei der Übernahme von Symantec u CA Technologies (<https://www.computerwoche.de/a/wird-broadcom-die-vmware-kunden-melken,3553471>) Trotzdem schloss der Bund noch im Nov. 2023 zwei Rahmenverträge zu VMWare Produkten im Volumen von 600 Mio Euro ab (Q: 3, Volumen der RV: www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?2&id=533958; www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?1&id=533966), und hat die damit verbundenen Risiken laut Antwort auf die K.A. nicht berücksichtigt (Q:7)
- BuReg kann nicht ausschließen, dass bald ausbleibende Updates den IT-Weiterbetrieb unsicherer machen (Q:9)

- Übergangsfristen wurden zwar verlängert, sind aber immer noch zu kurz, z.B. für den Umstieg auf neue Verträge nur bis Mai 2024, und für Updates bisheriger Produkte bis April 2025 (<https://www.heise.de/news/Broadcom-geht-auf-Cloud-Provider-zu-9705788.html>), allerdings gibt die BuReg an, selbst eine Lizenz-Absicherung bis 2027 zu haben
- Einen **Bedarf für kurzfristige Maßnahmen sieht die BuReg nicht**, dabei wäre für ein gutes Risikomanagement mindestens die Erstellung einer Exit-Strategie und ein Vertragsstopp für neue Verträge zu VMware Produkten notwendig. (Q12a)
- Längerfristig sollen die Betriebskonsolidierung, offene Standards, einfache Migrationsmöglichkeiten und Open Source Produkte künftig Abhängigkeiten verringern. (Q12b) Diese Erkenntnis ist zwar richtig, ihre Umsetzung muss jedoch höchste Priorität haben und bisher gibt es dazu v.a. Blumige Versprechen und Ankündigungen, die mit der tatsächlichen Beschaffungspraxis wenig zu tun haben. Dies betrifft insbesondere den verstärkten Einsatz von Open Source.
- Eine **Exit-Strategie** für den Ausstieg auf VMware hat die BuReg nicht, prüft aber derzeit, ob Verlagerungen auf andere Plattformen möglich sind und eingesetzte Ressourcen verringert werden können und will häufiger unterschiedliche Anbieter für einzelne Komponenten der Betriebsumgebung verwenden. Auch auf die Cloud Strategie der BuReg wird verwiesen, die ebenfalls stark auf Open Source setzt, aber auch diese Dokument hat mit der gelebten Cloudpraxis wenig Überschneidung. (Q12d)

3. Das wird teuer, aber wie teuer für den Bund, erklärt die Ampel zur Verschlussache

- Die eigenen zu erwartenden Folgekosten möchte die BuReg unter Verschluss halten (Q11), sie sind vermutlich erheblich, denn entweder werden aufwändige Umstellungen auf alternative Produkte erforderlich, oder die erhöhten Preise mit unnötigen Lizenzbündeln und im Zwangsabo-Modell müssen bezahlt werden. Dass die Informationen zu Folgekosten das Potenzial haben sollen, das Staatswohl zu gefährden, weil sie Einzelheiten des Betriebs informationstechnischer Anlagen betreffen, ist nicht logisch nachvollziehbar.
- Die Bundesregierung rechnet auch für die deutsche Wirtschaft mit steigenden Lizenzkosten für VMware (Q: 1) und geht davon aus, dass bei Auslaufen aktueller VMware-Produkte mit Wartungsverträgen eine Migration der Instanzen mit hohem Aufwand nötig sein könnte (Q: 2)
- Laut CISPE (Vereinigung europ. Cloud-Service-Provider) ist die Zwangsumstellung auf teure abo-Modelle unvermeidbar, aber unflexibel 3 Jahre im voraus im Umfang festzulegen – was dem flexiblen Charakter von Cloud Computing widerspricht.¹

4. Mangelnder Durchblick

- BuReg gibt an, nichts über die öffentlich breit diskutierten Problem zu wissen: den Zwang zum Umstieg von on-premise Lösungen auf Cloud-Lösungen und von Einzel- auf (viel teurere) Bündellizenzen, negative Auswirkungen beim Umstieg auf Abo-Modelle und von gestoppten Wartungsverträgen;
- Das ist ein strukturelles Problem, denn schon auf meine Schriftliche Frage im März 2024 gab die BuReg an, keine Kenntnisse zu Kündigungen von VMware Lizenzverträgen zu haben, obwohl das bereits public knowledge war [Fußnote 2]

- Solche öffentlich verfügbaren Informationen mit Relevanz für das Risikomanagement und die IT-Sicherheit nicht zu kennen, wäre ähnlich schlimm, wie sie zu kennen, aber zu ignorieren.

5. Fehlende Transparenz – Missachtung des parlamentarischen Fragerechts

- BuReg lieferte bisher die angefragte Daten zum Einsatz von VMWare in den 184 RZ des Bundes nicht und kündigte eine Nachlieferung zu unbestimmtem Datum aber nur als Verschlussache an – in der Öffentlichkeit kann also nicht darüber debattiert werden (Q5)
- Die Einstufung als Verschlussache erfolgte außerdem für die Frage nach den erwarteten Zusatzkosten (Q11), die Bewertung der Abhängigkeit des Bundes von VMware (Q8) und die Berücksichtigung des VMware-Problems beim Großprojekt IT-Konsolidierung. (Q6)
- Insbesondere die **Einstufung der möglichen Zusatzkosten mit Berufung auf eine mögliche Gefährdung des Staatswohls ist Unfug**, dagegen werde ich Beschwerde einlegen. Hohe Folgekosten sind ggf. schwierig in den Haushaltsdebatten und man möchte dazu keine Schlagzeilen, das ist jedoch kein legitimer Grund, dem Parlament das Auskunftsrecht zu beschneiden.

6. Widerspruch zwischen Strategie und Praxis – leere Worte statt digitaler Souveränität

- Laut KoA und Digitalstrategie soll vermehrt Open Source eingesetzt werden, das scheint aber bei Virtualisierungsprodukten bisher nicht der Fall.
- Ob überhaupt OSS Virtualisierungsprodukte in der Beschaffung eine Rolle spielen, z.B. über Dienstleistungsverträge statt im Einkauf, lässt die BuReg offen.
- So nennt die BuReg zwar den Sovereign Cloud Stack (SCS) als Projekt zur Förderung von OSS Technologien, das auch OSS-basierte Virtualisierungslösungen enthält, aber eine Stärkung dieser Lösungen durch eigene Anwendungen gibt es bisher offenbar nicht, denn als Beispiel wird nur eine Bayerische Schul-Cloud genannt.(Q13a)
- Das Zentrum für Digitale Souveränität wurde extra geschaffen, um OSS Lösungen weiterzuentwickeln, aber es ist unterfinanziert, erhält kaum Aufträge vom Bund und Länder mit Interesse an Beteiligung am ZenDiS werden ausgebremst (siehe Antwort auf Schriftliche Frage vom 07.03.24 – <https://mdb.anke.domscheit-berg.de/2024/03/meine-schriftliche-frage-zu-auftraegen-des-bundes-an-das-zendis/>). Zu diesem Bild passt, dass die Bundesregierung auch keine Beauftragung zur Weiterentwicklung von OSS-Virtualisierungssoftware plant.(Q13b)
- **Zur Deutschen Verwaltungscloud-Strategie gibt es kaum erkennbaren Fortschritt**, da ist wie seit Jahr und Tag von der Konzeption der Umsetzung und einzelnen Piloten die Rede und wieder von möglichst viel Open Source (Q13c), während gleichzeitig mit großen Verträgen des Bundes z.B. zu Microsoft Cloud, Tatsachen geschaffen werden, die zu mehr statt zu weniger Abhängigkeit führen (<https://www.behoerden-spiegel.de/2024/01/10/grosse-cloud-ausschreibung-von-arbeitsagentur-und-sozialversicherern/>). Immer größere und immer längerfristige Rahmenverträge zu proprietärer Software, wie z.B. der bis 2030 laufende Rahmenvertrag über 4,6 Milliarden Euro mit Oracle, wirken dabei als Barriere gegen die Beschaffung von Open Source Alternativen (siehe dazu meine Kleine Anfrage von Ende 2023: <https://mdb.anke.domscheit-berg.de/2023/12/pressemitteilung-bund-hat-milliarden-fur-rahmenvertrage-mit-us-konzernen-aber-nur-05-prozent-fur-open-source/>)

¹ <https://cispe.cloud/cispe-statement-on-most-recent-broadcom-concessions/>

² <https://mdb.anke.domscheit-berg.de/2024/03/meine-schriftliche-frage-zu-lizenzvertraegen-des-bundes-mit-vmware/>